

Saale-Beitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen:
werden die Spaltenzahl oder dem Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Remonens-Expeditoren angenommen. Anzeigen die Zeit 75 Pfg. für Halle und auswärts 1 Mt.
Einfahrt täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.
Redaktion und Druck-Verwaltung:
Halle, Gr. Brunnstraße 17;
Korrespondenzstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telefon Nr. 591 u. 176.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei postmöglicher Anstellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., auswärts halbjährlich 5 M., bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für unbetont eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Kadaveren nur mit Einverständnis der Redaktion.
Herausgeber der Redaktion Nr. 1140; der Annoncenabteilung Nr. 1133.

Nr. 431.

Halle a. S., Donnerstag, den 15. September.

1910.

Das Luftschiff „Z. VI“ vernichtet!

Die Ballonhalle in Oos ist zerstört.

Von einem seltsamen Mißgeschick sind die „Zeppeline“ verfolgt. Seit Götterdingen, wo der erste große Luftkreuzer aus Gründen, die heute noch nicht ganz geklärt sind, von den Flammen verzehrt wurde, um einige Monate später wieder — dank der Opferwilligkeit des deutschen Volkes — dem Hönitz gleich in neuer, importierter Gestalt zu erscheinen, reißt sich Katastrophe an Katastrophe. Götterdingen, Weilburg, Büßig, dann die Strandung im Teutoburger Walde sind düstere Etappen auf der Fahrt der Zeppelinkreuzer. Nun kommt heute, nachdem sich kaum die Erregung um den letzten, bei Detmold verlorenen Luftkreuzer gelegt, wiederum die Kunde von einem neuen Zusammenbruch des jüngsten Zeppelfahrzeuges. In Oos bei Baden-Baden, der Abfahrtsstelle für die Passagier-Luftschiffahrt, die mit der Baden-Badener Rennwoche ihren Anfang nahmen, ging gestern der „Z. 6“ in Flammen auf. Man telegraphisiert uns:

H. Baden-Baden, 14. Sept. (Privat-Telegramm.) Heute nachmittag gegen 3 1/2 Uhr geriet das in seiner Halle in Oos liegende Luftschiff „Z. 6“ — infolge einer Explosion — in Brand und wurde vollständig vernichtet. Auch die Halle verbrannte. Drei Mann der Besatzung erlitten schwere Verletzungen. Einzelheiten fehlen noch.

□ Baden-Baden, 14. Sept. (Privat-Telegramm.) Zu der Katastrophe des „Z. 6“ wird noch gemeldet: Auf der Fahrt nach Heimborn, welche das Luftschiff im Laufe des heutigen Vormittags unternahm, stellte sich ein Motordefekt ein. Aus diesem Anlaß mußte das Luftschiff nach Oos zurückkehren und konnte dort selbst in die Ballonhalle gebracht werden. Später wurde es auseinandergenommen. Es ergab sich, daß einzelne Teile ausgedehnter werden mußten, welche Arbeit mehrere Stunden dauerte. Bald nach 2 Uhr war die Arbeit fertig. — Nach einer zweiten Reparatur ereignete sich aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache eine Explosion. Aus dem Motor schoß eine meterhohe Stichflamme empor, die die unteren Gefänge des Luftschiffes erfasste und das ganze Schiff in kurzer Zeit vernichtete. Doch einer anderen Meldung entwand das Feuer in einem offenen Benzinschäfter, dessen Flüssigkeit zum Reinigen gebraucht wurde. Möglicherweise war ein lauter Knall vernehmbar und eine hohe Stichflamme schoß empor. In der Halle entzündete ein großer Tumult. Sämtliche in der Halle anwesenden Männer eilten dem Ausgang zu. Eine Möglichkeit zum Retten des Luftschiffes sah man nicht mehr. Wohl versuchten es einige, doch verbrannten sie dabei Hände und Zeug. Es ist zu betonen, daß die Katastrophe nicht auf der Fahrt hätte passieren können, da während einer solchen das Luftschiff keine Benzinebehälter mit sich führt.

□ Berlin, 14. Sept. (Privat-Telegramm.) Ueber die Fahrt des Luftschiffes hört der Badener Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ noch folgende Einzelheiten: Das Luftschiff war aufgetrieben. Man hatte einen neuartigen Motor eingelegt, um dessen Leistungsfähigkeit zu erproben. Indessen zeigte sich der neue Motor als zu schwach und war bald wargelaufen. Deshalb kehrte man sofort zur Halle zurück und versuchte dort, einen anderen Motor einzulegen. Gleichzeitig, als man den Motor hervorzog, schoß eine Flamme empor und es ereignete sich eine Explosion. Das Feuer griff schnell um sich und hatte bald das ganze Luftschiff vernichtet. In zwei Benzinschäfter, die dem Motor zu nahe standen, waren angezündete Funken gefallen, wodurch die Explosion entzündet. Man versuchte noch, zu retten, da aber explodierte auch noch ein dritter Behälter, so daß man schnell dem Ausgang zufliehen mußte, um sich in Sicherheit zu bringen.

□ Frankfurt a. M., 14. Sept. (Privat-Telegramm.) Die „Frankf. Ztg.“ hört, daß das Luftschiff „Z. 6“ einen Wert von 600 000 Mark repräsentiert, aber bis zu einem Wert von 450 000 Mark versichert ist, und zwar bei 12 deutschen Gesellschaften.

Ueber die Vorgeschichte der Katastrophe wird dem „Tag“ folgendes gemeldet.

Baden-Baden, 14. Sept. Der „Z. 6“ flog gestern mittag 11 Uhr 20 Minuten in Oos auf, um nach Heimborn zu fahren. Das Luftschiff wurde von Dr. Edemer geführt, am Bord befanden sich zwölf Passagiere. Nach Zurücklegung von etwa 20 Kilometer mußte wegen Motordefektes in der nördlichen Gabel die Fahrt abgebrochen und nach Oos zurückgeführt werden.

*

Kaiser Wilhelm II. und die Aviatik.

Paris, 14. Sept. „Paris-Journal“ will von einem deutschen Offizier, der zum Studium der Aeroplane nach Frankreich geschickt ist, erfahren haben, was in dem Bericht über die französische Aviatik dem Kaiser gemeldet wird. Nach dieser unwahrscheinlichen Einleitung folgt ein Loblied auf die französischen Aeroplane, deren Ueberlegenheit über die Lebkäse Aeroplane wird. Zum Schluß ergänzt der deutsche Offizier seine Angaben durch die Mitteilung, daß der Kaiser durch den Erfolg der französischen Aeroplane stark beeindruckt worden sei und den Grafen Zeppelin gebeten habe, sich um jetzt ab dem Studium und der Konstruktion von Aeroplanen zu widmen. Der alte Graf habe die schwere Aufgabe übernommen.

*

Gegen die Todesstrafe.

Der 30. Deutsche Juristentag, der zurzeit in Danzig tagt, beschäftigte sich in einer seiner Sitzungen sehr intensiv mit der Frage der Abschaffung der Todesstrafe. In sehr erregten Debatten wurde das Für und Wider erwoogen, und es hat sich gezeigt, daß immer noch eine größere Menge deutscher Juristen in Bezug auf die Todesstrafe den traditionellen Standpunkt vertritt, als man vielleicht in letzter Zeit glauben wollte. Leider vertritt! Denn man mag dem 20. Jahrhundert wahrhaftig kein Kompliment, wenn man konstatiert, daß über eine solche Frage die Meinungen wissenschaftlicher Korporationen überhaupt noch geteilt sein können. Man mag es Schwäche, Sentimentalität oder Humanitätsgefühl nennen: es läßt sich nicht mehr mit der Kultur und Zivilisation unserer Tage vereinbaren, daß Menschen von Menschenhand im Namen des Gesetzes abgeschlachtet werden. Die Gerechtigkeit hat streng und unerbittlich ihres Amtes zu walten, gewiß! Aber, wo steht geschrieben, daß sie kein Erbarmen haben dürfe? Die tarjend Gründe, die gegen die Todesstrafe sprechen, sind ja so oft schon vor dem Forum der Öffentlichkeit besprochen worden, daß man es sich föhlig erlauben kann, von neuem im einzelnen auf sie einzugehen. Die Abneigung, ja man kann sagen, der Haß gegen den Henker, ist, Gott sei Dank, ein Gemeingut unseres Volkes geworden. Wenn man von allen Gründen der Menschlichkeit und Kultur absieht, so ist das gewichtigste Argument gegen die Todesstrafe das, daß sie die einzige Strafe ist, die absolut irreparabel ist, d. h., die, wenn sie einmal zu unrecht verhängt und vollzogen ist, nicht wieder rückgängig gemacht werden kann, während dies bei allen anderen Strafen mehr oder weniger möglich ist.

Seit das alte Testament den Satz „Wer Menschenkötter vergießt, dessen Blut löst er wieder vergossen werden“ zum Gesetz erhob, haben sich alle Völker, deren Moral auf der alttestamentlichen fußt, gewöhnt, den Mord mit dem Tode zu bestrafen.

Der Tod ist die grausamste Strafe, weil sie die hoffnungsloseste ist. Aber, ist der Mord denn wirklich unter allen Umständen das schwerste Verbrechen? Sicherlich dann, wenn man die Verbrechen an der Tragweite ihres Erfolges mißt oder an der Bedeutsamkeit ihres Objektes. Aber kommt nicht auch die Gesinnung für die Beurteilung eines Deliktes in Betracht, und haben nicht hundert Fälle gezeigt, daß ein Mord edlere Motive haben kann, als ein legeranntes geringeres Delikt: eine Erpressung oder, unter gewissen Umständen, eine Unterjochung? Dieser Einsicht hat sich ja auch der größte Teil unserer Juristen nicht verschlossen, und mit einer Abschaffung der Todesstrafe für den allgemeinen Fall des Mordes (§ 211 St.-G.-B.) würde die weitaus überwiegende Mehrheit der in Betracht kommenden Kreise wohl föhlich einverstanden sein.

Wir Beharrlichkeit oder will man die Todesstrafe für das Sonderdelikt des Hochverrats, d. h. des Mordes und Mordversuches am Kaiser, und unter besonderen Voraussetzungen, an einem Bundesfürsten aufrecht erhalten lassen. Hier aber ersordert nicht nur die Menschlichkeit, sondern schließlich die gesetzgeberische Vernunft gerade die Abschaffung der Todesstrafe. Es mag in der Tat sonderbar klingen und ist vielleicht eben deshalb noch niemals ausgesprochen worden; aber die Todesstrafe, die auf Hochverrat steht, ist in 90 Prozent der bei uns an sich äußerst seltenen Fälle dieses Deliktes ohne jeden Zweifel einer der Motive zur Tat selbst, mit anderen Worten: die Todesstrafe ist die Mutter des Mordgedankens. Man verzeihe doch nicht, daß es sich bei denen, die ohne jeden rechtlichen Vorbehalt, lediglich aus „ideellen“ Gründen das Verbrechen des § 80 begehen, niemals um föhlich normale

Individuen handeln kann. Meistens kommen dafür föhlich überpannte Personen in Frage, die das angebliche Heroische der Tat, der Gedanke, daß sie sich für eine Idee „opfern“, zum Verbreden treibt. Diesen krankhaften Selbstmahn erzeugt aber nicht zum wenigsten die drohende Todesstrafe. Wir haben also hier den föhst eigentümlichen Zustand, daß ein Gesetz, statt abzufrchten, in bestimmten Fällen zum Delikt antreibt. Die Legislatoeren sollten sich also, ehe sie wieder über den § 80 zu entscheiden haben werden, bei den Psychiatern Rat holen.

Also auch in diesem Spezialfalle, für den der konservativste Fikgel unserer Juristen unter keinen Umständen auf die Todesstrafe verzichten will, ist diese vom Uebel. Darum kann die Lösung für eine Strafrechtsreform nur heißen: Tabula rasa — fort mit dem blutigen Rechtsfibel längst überwundener, göttlich, überwundener, mittelalterlicher Rechts- und Weltanschauungen! Noch einmal wollen wir ein Todesurteil fällen — das letzte! Es wird nicht, wie föhst die Todesurteile, lähmendes Entsetzen verbreiten, sondern ein Aufatmen der Befreiung wird bei diesem Todesurteil durch die deutschen Lande gehen. Der dem ewigen Tode geweihte Delinquent ist — der Henker!

Deutsches Reich.

Der Empfang der deutschen Fleischermeister beim Landwirtschaftsminister.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt über den bereits gemeldeten Empfang folgenden offiziellen Bericht:

Der Landwirtschaftsminister hat am 13. D. M. eine Deputation des Deutschen Fleischerverbandes empfangen. Neben vorstehenden anderen das Fleischergewerbe interessierenden Fragen sind in der über zwei Stunden währenden Unterredung hauptsächlich die Vorläufe besprochen worden, welche der Vorstand des Deutschen Fleischerverbandes in einer dem Minister überreichten Denkschrift zur Beseitigung der ungenügenden Fleischsteuerung gemacht hat. Diese Vorläufe beziehen sich in Uebereinstimmung mit zahlreichen, an den Landwirtschaftsminister gerichteten sonstigen Eingaben auf:

1. die söhlfreie Einfuhr von Futtermitteln aller Art;
2. die söhlfreie Einfuhr von Ruz- und Schlachtvieh aus dem Auslande unter Vermeidung aller erschwerenden Bedingungen;
3. Verebilligung und Verbesserung des Viehverkehrs auf den Eisenbahnen;
4. Beseitigung bzw. Verminderung von Abgaben aller Art auf Schlachtvieh.

In Erwiderung auf die zur Begründung dieser Eingabe von den Vertretern des Deutschen Fleischerverbandes gemachten Ausführungen gab der Minister zunächst dem schärfsten Ausdruck, welches er der Frage der Fleischsteuerung und Fleischversorgung schon zu einer Zeit entgegengebracht habe, wo die Klagen über die Steigerung der Vieh- und Fleischpreise noch nicht zu seiner Kenntnis gebracht seien. Er verweise auf den an die präsidentlichen Landwirtschaftsminister gerichteten Erlaß vom 27. Juli d. J., in welchem unter Bezugnahme auf die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1909 eingehend die Maßnahmen empfohlen worden seien, die eine weitere Steigerung der inländischen Vieherzeugung und eine größere Stetigkeit in der Beschaffung der Viehmärkte herbeizuföhren bezweckten. Es wurde dabei besonders die Notwendigkeit betont, die Fleischversorgung auch fernerhin nach Möglichkeit unabhängig vom dem Auslande zu gestalten und deshalb unter allen Umständen auf solche Maßregeln zu verzichten, welche der gegenwärtigen Fleischsteuerung vorausichtlich nicht wesentlich abhelfen, wohl aber die inländische Vieherzeugung gefährden und herabmindern würden.

Aus diesem Grunde glaubte der Minister eine weitere Erleichterung der Einfuhr von Ruz- und Schlachtvieh aus dem Auslande im Hinblick auf die für den inländischen Viehstand drohende Seuchengefahr und auch deshalb nicht in Aussicht stellen zu können, weil der Viehstand sowohl die Höhe der Viehpreise in den für die Einfuhr in Betracht kommenden Ländern eine erhebliche Verminderung der Einfuhr und damit einen entsprechenden Einfluß auf die Gestaltung der Viehpreise im Inlande nicht erhoffen lassen. Auch von der söhlfreien Einfuhr von Futtermitteln, die zudem mit Rücksicht auf die Reichsfinanzen kaum ausföhbar erscheine, sei eine Verbesserung der ausenländischen Lage um so weniger zu erhoffen, weil ein Futtermittel gegenwärtig nicht vorhanden, im Gegenteil der reichliche Futtermittel zum Teil die schwächere Beschaffung der Viehmärkte herbeizuföhren habe.

Nach den im Landwirtschaftsministerium aufgestellten Überlegungen würde eine Herabsetzung der Viehtarife auf die Hälfte der geltenden Sätze, also zu einem Preise, mit welchem die Bahnen ohne erhebliche Zubehöre nicht mehr befahren könnten, den Preis für ein Kilogramm Fleisch um ca. 1 Pfg. verbilligen. Bei diesem Ergebnis müßte daher auch eine Herabsetzung der Tarife ohne Einfluß auf die Preisbildung bleiben und daher außer Betracht gelassen werden.

Eine Prüfung der Frage, ob eine Herabsetzung der Schlachtviehpreise zu erreichen und eine Verebilligung der Fleischpreise zu ermöglichen ist, wurde leitens des Ministers bereitwillig zugestimmt, dabei aber der

Selbständig Ausdruck gegeben, daß auch diese Maßnahmen, wie die Mäßigung der Mähl- und Schlachtsteuer in verschiedenen Städten, beweis, eine Minderung der Fleischpreise kaum zur Folge haben würden.

Im Laufe der Unterredung wurde verschiedentlich hervorgehoben, daß der reichliche Vorrat an schlachtfähigen Schweinen und auch die Zunahme der Zufuhr von Ochsen und Wiedern auf dem weissen Meere schon für die nächste Zeit einen Mäßigung der Fleischpreise erwarten lasse. Wenn auch die Preise für Rinder und Wiedern den Höchststand des Jahres 1906 in manchen Orten überschritten hätten, so sei doch ein wesentlicher Vorteil gegenüber dem Jahre 1906 darin zu erblicken, daß ein Mangel an Schweinen nicht vorhanden und der Preis für dieselben auch in mäßigen Grenzen geblieben sei. Ueber 50 Proz. des Fleischbedarfes in Deutschland, und zwar gerade der Konsum der ärmeren Bevölkerung, werde durch Schweinefleisch gedeckt. Es sei deshalb auch nicht gerechtfertigt, von einer Preisnot und davon zu reden, daß die Fleischversorgung der arbeitenden Bevölkerung zuerst in Frage gestellt sei. Das ergebe sich auch aus der Tatsache, daß der Fleischkonsum auf den Kopf der Bevölkerung nicht zurückgegangen sei, sondern gegen das Vorjahr noch eine Steigerung erfahren hat.

Der Minister gab förmlich die Erklärung ab, daß, wenn wider Erwarten ein Mangel der gegenwärtigen Fleisch- und Fleischpreise nicht eintreten und der Markttreibend dauernd nachlassen sollte, er sich der Verpflichtung nicht entziehen werde, weitere Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in's Auge zu fassen. Er könne aber auch für diesen Fall in erster Linie nur eine Erleichterung der Fleischpreise, die übrigens schon jetzt keineswegs unbedeutend sei, in Aussicht stellen.

Zur Fleischsteuerung

Heute abermals Meldungen von Stadtparlamenten vor, in denen überall einstimmig die Regierung ersucht wird, zur sofortigen Minderung der Fleischnot das Erforderliche zu veranlassen. Man meldet uns:

Barmen, 11. Sept. Die Stadtverordneten beschließen sich jetzt mit einem sozialdemokratischen Antrag über die Fleischsteuerung. Von dem Antragsteller wurde betont, daß die Fleischsteuerung und die durch bedingte Erhöhung der Preise alle übrigen Nahrungsmittel eine latente Hungersnot herbeiführt, und sie beantragte die Uebernahme des Fleischverkehrs in eigene Regie der Stadt sowie eine Vorkaufsfrist in die Staatsregierung um Beilegung der Grenzsperrung und andere geeignete Maßnahmen. Der Oberbürgermeister erwiderte, daß die Uebernahme der Fleischversorgung in städtische Regie in anderen Städten, so beispielsweise in Wien, sich schon als unwirtschaftlich erwiesen habe, und daß dies hier geschehen könne, wenn man den Betreibern in Händen habe, daß die Metzger die Preise künstlich in die Höhe trieben. In Barmen sei dies nicht der Fall. Barmen besitze in dem städtischen Fleischmarkt ein ausgezeichnetes Mittel, der Fleischnot in etwas entgegenzukommen. Zur Ueberwindung einer Vorkaufsfrist für die Stadtverwaltung bedürftig. Diese könne allerdings nicht mit der von den Sozialdemokraten angeführten latenten Hungersnot begründet werden und sie müsse sich auf die Herbeiführung von Erleichterungen für die Einführung von Junopfer, die Ermäßigung der Transportkosten für dieses Vieh und für das Metzgerfleisch sowie auf sonstige Erleichterungen veterinärpolizeilicher Vorschriften beziehen.

In diesem Sinne beschloßen die Stadtverordneten die Ueberwindung der Vorkaufsfrist, die um sie wirksamer zu gestalten, von der Stadt- und Vorkaufskommission eingehend begründet werden soll. Es soll darauf hingewirkt werden, daß der Zwischenhandel zwischen Landwirten und Metzger das Fleisch sehr verteuere. Die Handelskammer soll gebeten werden, sich ebenfalls mit der Frage zu beschäftigen, was von einem Mitglied der Kammer auch zugesagt wurde.

Königsberg, 14. Sept. Die Stadtverordneten beschließen geteilt einstimmig, den Magistrat zu ersuchen, sofort alle geeigneten Schritte zur Minderung der Fleischsteuerung zu unternehmen.

Wien, 14. Sept. Der Gemeinderat hat gestern einstimmig einen Antrag des Stadtrats angenommen, wonach die Regierung aufgefordert werden soll, der Fleischnot durch Gestattung der Einfuhr argentinischen Fleisches abzuhelfen. Handelsminister Weiskirchner sprach sich in einer Zuschrift für den Antrag aus.

Preisverteilung auf der Brüsseler Weltausstellung.

Das Preisgericht der Brüsseler Weltausstellung hat seine Arbeiten am Sonnabend beendet und gleichzeitig eine Kommission eingesetzt, die das Protokoll redigieren und die endgültige Preisliste aufstellen soll. Vor Ausstellung dieser Liste ist eine endgültige Mitteilung über die verschiedenen Preise nicht möglich. Die Liste soll am 10. Oktober amtlich veröffentlicht werden. Um jedoch die beteiligten deutschen Kreise vorläufig zu unterrichten, wird vom Preisgericht ein unverändertes Verzeichnis aufgestellt werden, das für Ende dieser Woche zu erwarten ist.

Dem Brüsseler Berichterstatter der „Post“ ist es gelungen, auf dem Reichsstatistikbureau heute in Erfahrung zu bringen, daß u. a. folgende deutsche Firmen mit dem höchsten Preis (Grand Prix) ausgezeichnet worden sind: Die Firma Messer, Maschinenfabrik in München, Firma Borlig in Tegel bei Berlin, Sächsische Maschinenfabrik vorm. Hartmann & Co. in Chemnitz, die Maschinenbau-W.G. vom Schwarzkopf in Berlin, die Presslauer U.G. für Eisenbahnwagenbau in Breslau, die Maschinenbau-W.G. in Bentz bei Düsseldorf, die Duisburger Maschinenbau-W.G. in Duisburg, die Märkische Maschinenbau-W.G. Ludwig Cudenbosch in Wetter a. R., die Firma West u. Co. in Berlin, die Gesellschaft für Hochdruckdrehleistung G. m. b. H. in Berlin, die Metallzylinderwerke Bergmann U.G. in Berlin, Heinrich Lang in Mannheim, R. Wolf Maschinenfabrik in Magdeburg-Buckau, Rudolf Meyer U.G. in Mülheim a. R., P. Diesel u. Co., Mülheim und München, die Firma Schneider in Chemnitz, die Firma Ludwig Loewe u. Co. in Berlin, die Maschinenfabrik Langhans u. Co. in Frankfurt a. M., die Sächsische Webstuhl-Fabrik in Chemnitz, die Weiskirchner Maschinenfabrik vormals Dürkop in Bielefeld, die Kontinentale Kaufhaus- und Gutierrez-Gesellschaft in Hannover, die Rheinische Gasmotorenfabrik West u. Co. in Mannheim, die Continental-Werke in Stuttgart-Untertürkheim, Schökel u. Sohn in Kassel, die Dillinger Metallwerke U.G. in Düren, die Dynamit U.G. Alfred Nobel in Hamburg, M. Soemmerling in Bonn a. Rh., die Gesellschaft für

fabrik König u. Gebhardt in Hannover, die Verlagbuchhandlung Bruckmann in München, die U.G. für Warmrohrindustrie in Berlin, Rudolph Herzog in Berlin, die Vereinigten Werkstätten für Kunst im Handwerk U.G. in Berlin, die Kgl. Porzellanmanufaktur in Berlin, die bayerische Kappelerberger Porzellanmanufaktur in München, die Großherzoglich Hessische keramische Manufaktur in Darmstadt, U.G. Gladenberg in Berlin, die Firma Biergärtner, Volk u. Witmer in Berlin, die Firma Fiedel u. Sachs in Schweinfurt, die Firma Sedemann U.G. in Duisburg, die Firma Hofenthal u. Co. U.G. in Selb in Bayern.

Beilegung eines deutsch-schweizerischen Streitfalles.

Aus Bern wird gemeldet: Ein gewisser Goensch in Basel war im September v. J. durch die badische Postämter in Basel nach der Schulterscheil, d. i. auf dem Gebiet der Basel, gelockt und dort wegen angeblicher Spionage verhaftet, nach einiger Zeit aber wieder freigelassen worden. Wegen dieses Streitfalles hatte sich der schweizerische Bundesrat bei der deutschen Regierung beschwert. Die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte Note des Bundesrats ist jetzt in Bern eingetroffen. Wie verlautet, soll der Zwischenfall im Laufe dieser Woche endgültig erledigt werden. Der Bundesrat wird sich nächster Tage mit dieser Angelegenheit befassen.

Gesamtverband deutscher Metallindustrieller.

Der Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller hat beschlossen, auf Donnerstag, den 22. ds., eine Ausschusssitzung nach Berlin einzuberufen, welche über die Gesamtauswertung zugunsten der angegriffenen Geschäftswertigen Beschluß fassen soll.

Gegen eine Erhöhung des Milchpreises.

Aus Köln berichtet der „N. N. A.“: Die Landwirte beschließen, die Milchpreise gleichmäßig in West- und Süddeutschland heraufzusetzen. Die Milchhändlerverbände für Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau und Süddeutschland beschließen, mit allen Mitteln eine Erhöhung des Milchpreises zu verhindern. Sie haben für den 18. und 19. September einen Kongress in Koblenz einberufen, zu dem alle Milchhändler aus Süddeutschland Delegierte entsenden werden.

Aus den Kolonien.

In Kamerun droht eine Skandalgeschichte, da die Leute des „King“ West in einer Anzeige an das Reichskolonialamt zwei jüngere Assessoren in Duala allerlei Verhöhnungen beschuldigen, bei denen auch Weiber wieder eine Rolle spielen sollen. In dieser Angelegenheit ist jetzt im Kolonialamt ein amtlicher Bericht eingelaufen und eine Untersuchung der Anschuldigung in die Wege geleitet worden. Es bleibt abzuwarten, ob es sich nicht auch in diesem Falle, wie letzterzeit bei dem Angriff der Anwalte vor fünf Jahren, um eine wahre oder bezweifelte Beschuldigung handelt. Uebrigens erklärt man am amtlichen Stellen, daß es kaum berechtigt sein würde, aus diesen Vorwürfen Verhöhnungen wegen etwaiger Intrigen oder Paßwörter unter den Eingeborenen zu ziehen.

Heer und Flotte.

Wesfel in der Leitung der Danziger Marineverft. Nachdem die tschechischen Werften zu Kiel und Wilhelmshaven bereits in den Kapitän j. S. Senkel und Eckermann neue Oberverftdirektoren erhalten hatten (eine der Folgen des Kieler Verftprojektes), scheidet nunmehr aus der Danziger Oberverftdirektor Rontre-Admiral Frhr. v. Schimmelmann von seinem Posten, über den er seinem Dienstgrad nach hinausgewandert ist. Er tritt am 15. September zunächst einen 45tägigen Urlaub an, während dessen er von Kapitän j. S. Söllner, dem bisherigen Kommandanten des „Einkaufsschiffes“ „Schönemann-Hoffmann“, vertreten wird, in dem man auch seinen Nachfolger zu sehen haben wird.

Der Gouverneur von Kiautschou, Viceadmiral Truppe, hat sich von Tingtau nach Tientsin zu einem vierwöchigen Besuch beim chinesischen Gouverneur von Schantung, Sun Bao-Chi, begeben.

Ein militärisches Jubiläum des Kaisers. Am 18. September sind fünfundsiebzig Jahre verflossen, seit der damalige Prinz Wilhelm von seinem Großvater zum Obersten und Kommandeur des Garde-Süßarenregiments in Potsdam ernannt wurde.

Hof- und Personalnachrichten.

Gegenüber anders lautenden Meldungen ist der Schwäbische Merkur zu der Mitteilung ermächtigt, daß der König von Württemberg zwar vor 8 Tagen an einem heftig auftretenden Anfall neuralgischer Schmerzen litt, eine sofort angewandte Babatur aber bereits Besserung gebracht hat. Bettligerig ist der König dabei niemals gewesen. Eine Wendung der Dispositionen für die Teilnahme des Königs an den Karlsruher Festlichkeiten und an den Wandern ist in keiner Weise erfolgt.

Ausland.

Fremde Einflüsse in der Presse Italiens.

In verschiedenen italienischen Zeitungen, und in solchen, die sonst keine Abneigung gegen Deutschland betunden, sind gewisse Weschensfälle bei einer Gedächtnisfeier für die 1870 um Weggefallenen französischen Soldaten mit einem Aufwand von kaum behandelt worden, als sei eine Angelegenheit des eigenen Landes im Spiel, und mit einer so auf Gemütswirkungen berechneten absichtlichen Färbung, als sei der Artikel für französische Chauvinisten geschrieben. So schreibt die „Röm. Ztg.“: Der Wortlaut des Berichts, worin rohe Mißbilligungsflecken der deutschen Postzeitung trauernde Weiber Damen beschreiben werden, stimmt bei teils überein und geht auf ein Pariser Blatt zurück, aus dem er teils telephonisch, teils brieflich über die Alpen gelangt worden ist. Es wäre durchaus verfehlt, wollte man, wie es allerdings manchmal noreilig in Deutschland geschieht, hier von besuchten Weschensfällen Italienscher Zeitungsredakteure oder Redakteure gegen uns Deutsche reden. Denn italienische Presse ist fast ausnahmslos sehr sensationell und besetzt allenthalben, im Inland wie draußen, nach gepfeffelter Kost. Sie ist aber zugleich mit wenigen

Annahmen ohne sichere finanzielle Grundlage, sucht daher ihren Auslandsdienst so billig wie nur möglich einzurichten und befristet sich, wo es nur eben angeht, ohne eigene Berichtserfahrungen in fremden Hauptstädten. Diesen Zustand haben sich Frankreich und England seit Jahren mit flüchtiger Rechnung zuzugewandt und verjungen die italienische Presse auf billige Weise mit sensationellem Stoff, worunter Deutschfeindliches, hervorragende Rolle spielt. Die große Masse der Zeitungsleser weiß von diesen Zusammenhängen nichts. Keiner läßt man im Deutschen Reich das alles ruhig geschehen und sieht keinen Anlaß, wie gegen uns in Italien gearbeitet wird; man macht keinerlei Verwund, in tonaler Weise die Italiener über Deutschfeindlichkeit anzuklären, man ärgert sich wohl gelegentlich über die Presse, aber kümmert sich sonst nicht darum und gewährt ihr nicht einmal die materiellen Vergünstigungen in Telegraphen- und Telefonverkehre, die den Franzosen und Engländern in ihrem politischen Interesse so pflüchtig ausgenutzt werden.

Der Antikerkamp in Portugal.

Die Schließung des Jesuitenkollegs von Alcoa da Route in Portugal ist augenblicklich nur der erste Schritt auf dem neuen, liberalen Wege. Die Regierung ist, wenn nicht alle Antikerkampfrigen, entschlossen, der politischen Tätigkeit der Jesuiten ein Ende zu machen. Seit Marquis de Bombal 1757 die Jesuiten vertreiben ließ, besteht in Portugal der Rechtsgrund, daß den fremden Kongregationen die Niederlassung in Portugal lediglich zu Unterrichts-zwecken gestattet ist. Trotz dieser ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmung beschließen die Jesuiten die Niederlassungen der Jesuiten in Portugal — wie anderswo — auch mit Predigten, Beichten usw. und mischen sich in die innere Politik des Landes. Die Regierung hat auch über andere Klöster eine strenge Untersuchung hinsichtlich ihrer politischen Tätigkeit verhängt, so daß eine umfassende antiklerikale Aktion in Portugal zu erwarten ist.

Vom Stabsarzt zum Stabschef.

M.D. In der Vereinigten Staaten hat zu seiner Zeit, auch nach hiesigen Meldungen nicht, das scheinbare Meer irgend eine politische Rolle gespielt. Anfangs der populären Erfolge, die „Oberst“ Roosevelt seit seiner Rückkehr in fast beständiger Folge hiesiger Weite erfährt, und mit der steigenden Wahrscheinlichkeit einer Wiederwahl des alten Kaufmanns zum Präsidenten der Union, ist es jedoch von einer Bedeutung, daß der militärisch wichtige Posten in Amerika, der des Chefs des Generalstabes der Armee, sich kurzem durch den treuen Freund und Anhänger Roosevelt besetzt ist, den früheren Stabsarzt, nachmaligen Kommandeur des 1. Kavallerie-Regiments, späteren Brigade-General der Bundesarmee Dr. Deonard Wood. Ein aus Ansehen des spanisch-amerikanischen Krieges hervorgehobener Wood den Rang eines Hauptmanns im Sanitätskorps erlangt. Auf Vorschlag des damaligen Unterstaatssekretärs Roosevelt betrat Präsident McKinley im April 1898 den noch jungen Doktor, den Roosevelt aus seiner Militär-Weisheit für kannte und schätzte, mit der Bildung seines berühmten Kavalleriekorps, der Rough Riders, das dann bei San Juan Hill auf dem rechten amerikanischen Flügel die Entscheidung brachte.

Nach der Schlacht, im Juli 1898, rückte Wood zum General der Freiwilligen-Armee, nach der Uebergabe von Santiago de Cuba zum Militär-Gouverneur der Insel auf und wurde drei Jahre später von Roosevelt als Generalmajor, also unter Ueberbrückung der Chargen eines Majors, Oberstleutnants und Obersten, in das reguläre Heer übernommen. Als aktiver Brigadegeneral hat sich Wood, besonders auf den Philippinen, wohlbekanntes Ansehen bei Freund und Feind erlangt und wird auch von seinen alten Vorgesetzten mit dem als ein wirklich besonders tüchtiger Offizier anerkannt.

Es ist bemerkt bemerkenswert, daß ein Zug aus Woods Gouverneurzeit in Santiago nicht auf unsere heutigen Verhältnisse in Deutschland zu übertragen ist. Dort fand der General, der sich künstlich um alle Einzelheiten des öffentlichen Lebens kümmert, den Preis zu hoch. Eine Abordnung der Schlachtfeldmeister mußte bei ihm antreten, und durch einen spanischen Dolmetsch begann folgendes Verhör: „Was läßt Ihr Euch für das Rindfleisch bezahlen?“ Neunzig Cents (300 Mark) war der Preis. „Und was kostet es Euch?“ Darob große Verlegenheit, Simels auf den teuren Einkauf und die Speisen, und schließlich des Geldbedarfs, das Hund stände mit fünfzehn Cents (60 Pfennigen) ein. „Aber, Em. Excellenz,“ fragten die Metzger, „wir haben ja sehr viel Geld während des Krieges verloren, daß...“ Nicht besser ist's Euren Kunden ergangen. Von jetzt ab kostet das Hund Rindfleisch fünfundsiebzig Cents und nicht einen halben Cent mehr. „Besteht Stand?“ Die Schlächter haben verstanden. Die Fleischsteuer war beboben.

Kleine Tagesnachrichten.

Japanische Spione. Im Kriegsschiffen von Genoa auf dem Schwarzen Meer sind ein Japaner und drei Russen, darunter zwei Frauen, bei dem Verhören, ein Kriegsschiff zu kaufen, als der Spionage verdächtig verhaftet worden. Die Behörden des obigen haben den Fall stillschweigen.

Die folgenden Einkünfte. Nach der grauenhaften Beurteilung des katholisch-republikanischen Vereines Leillon hat sich der Papst nun wenigstens gnädig gezeigt für das Organ des Vereines „Democratic“. In einem Briefe an Marc Sangnier erklärt Kardinal Merry del Val, daß der Papst das Fortbestehen der „Democratic“ gestatte, wenn darin die von ihm vertretenen Theorien der Volkssouveränität nicht mehr verteidigt werden. Um jene Unterwerfung recht deutlich kundzugeben, hat Sangnier in seinem Organ sogar die Maßregel des Papstes verteidigen lassen, die von vielen frommen Katholiken beanstandet worden ist. Professor Longpré, einer der besten Freunde Sangniers, erklärt darin, der Papst habe mit gutem Grunde das Alter der ersten Kommunikation von zwölf auf sieben Jahre herabgesetzt, weil die mystische Weisheit der Eucharistie nicht früh genug verdrängt werden könne. Er schlägt für das zwölfte Jahr eine neue Feier vor, um den religiösen Jugendunterricht abzuheben.

Eisenbahn-Zeitung.

Schwere Klagen gegen die preussische Eisenbahnverwaltung werden von der Vormerke Volkzeitung erhoben. Von einigen Tagen waren auf der Eisenbahnstrecke W a s - u - G u n d h e l m durch Explosion der Maschine der Lokomotivführer und der Beifahrer schwer verwundet worden. Nun bringt das genannte Blatt den natürlichen die Verantwortung für seine Angaben überlassen bleiben muß, die Mitteilung, die betreffende Maschine sei seit

